

München, 14.12.2015

Frauen in Bayern bekommen im Schnitt 434 Euro weniger Einzelrente als Männer

SPD-Fraktionsvizin Strohmayr: Altersarmut ist im Freistaat weiblich

Von Altersarmut sind in Bayern vor allem Frauen betroffen. Das zeigen aktuelle Zahlen zur Rentenhöhe, die die Staatsregierung auf eine [Anfrage der SPD-Fraktion](#) herausgegeben hat. Demnach erhalten Männer im Freistaat aus eigenem Verdienst im Schnitt eine Rente von 1003 Euro pro Monat, bei Frauen sind es nur 569 Euro. „Davon kann niemand leben“, sagt die stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende **Dr. Simone Strohmayr**. Besonders von Altersarmut bedroht sind alleinerziehende Frauen, wie die Anfrage ergibt. Hier kommt der Faktor zum Tragen, dass sie oft keine zusätzlichen Hinterbliebenenrenten beziehen. 42 Prozent von ihnen müssen laut Sozialbericht Bayern im Alter ein Leben in Armut fürchten.

„Dabei ist im Freistaat genug für alle da“, moniert Strohmayr, die auch frauenpolitische Sprecherin ihrer Fraktion ist. Denn der Bericht zur sozialen Lage zeigt auch: Die Wirtschaft prosperiert. Zwischen den Jahren 2000 und 2013 stieg das Bruttoinlandsprodukt je Einwohner in Bayern um 21 Prozent. Damit hatte der Freistaat das stärkste Wirtschaftswachstum aller Bundesländer. „Man könnte fast meinen, der Freistaat ist die Vorstufe zum Paradies. Nur eben nicht für alle“, sagt Strohmayr. „Das dürfen wir nicht hinnehmen.“

Es gibt eine Reihe von Gründen für die hohe Frauenarmut. So verdienen Frauen immer noch weniger als Männer in vergleichbaren Jobs. Zudem bleiben sie öfter bei den Kindern zu Hause oder kümmern sich um pflegebedürftige Angehörige. „Die Zahl der vollzeitbeschäftigten Frauen ging laut Bundesarbeitsministerium zwischen 2001 und 2014 um knapp eine Million auf 7,5 Millionen zurück“, gibt die SPD-Fraktionsvizin zu bedenken. Und 5,3 Millionen weibliche Beschäftigte hatten ausschließlich einen Minijob.

Strohmayr betont: „Allein diese Zahlen machen deutlich: Frauen zahlen viel zu wenig selbst in die Rentenkasse ein. Und damit das alles in Bayern noch lange so bleibt, hat die CSU jetzt das Landesbetreuungsgeld eingeführt.“ Es wäre im Gegenteil wichtig, Frauen Anreize zu geben, den Wiedereinstieg in den Beruf zu finden, erläutert die SPD-Angeordnete. Sie benötigten dafür vor allem einen Ausbau der Kinderbetreuung. Prekäre Arbeitsverhältnisse, insbesondere in den sogenannten Frauenberufen, müssten ein Ende haben. „Wir brauchen vor allem einen übergreifenden Konsens in der Gesellschaft, dass Frauen die Notwendigkeit ihrer finanziellen

Unabhängigkeit erkennen und auch danach handeln können“, fordert Strohmayr weiter. Dafür gelte es in erster Linie, überholte Rollenklischees zu überwinden.

Erläuterung: Die von Strohmayr entworfene Anfrage wurde aus Kapazitätsgründen von der SPD-Abgeordneten Ruth Müller eingereicht.